



PALÄSTINA INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG DES PALÄSTINAKOMITEES REGION BASEL



EINGEMAUERT
DIE FOLGEN VON ISRAELS «MAUER-POLITIK»

RÜSTUNGSPOLITIK
MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ - ISRAEL

«made in israel»
FALSCH DEKLARIERTE PRODUKTE AUS SIEDLUNGEN

Frühling 04

AKTIVITÄTEN pako

Olivenöl und Za'tar aus Palästina

In der ganzen Schweiz vertreibt der Verein „Olivenoel“ jedes Jahr Olivenöl und Za'tar aus der besetzten Westbank, um den eingeschlossenen palästinensische Bauern mit fairen Preisen den Absatz ihrer Produkte zu ermöglichen und zu ihrer Existenzsicherung beizutragen.

Wie schon 2002 hat auch diesen Herbst das Palästina-Komitee Region Basel an zahlreichen Ständen und mit Hilfe von festen Verkaufsorten in Restaurant, Gewerkschaften und Quartiertreffpunkten für 14 000 Franken Öl und Za'tar verkauft. Wir wollen im nächsten Herbst die Verkaufsaktion wiederholen. InteressentInnen melden sich bitte bei uns.

Arabische „olla comun“ im K5

Am 10. Januar hat das Palästina-Komitee zur finanziellen Unterstützung einer Frauenberatungs- und Schulungszentrums in Rafah (Gazastreifen) mit Unterstützung verschiedener Palästinenser ein arabisches Essen zubereitet. Über 80 Essen wurden ausgegeben. Dank zahlreichen Spenden sind 1400 Franken für das Frauenprojekt zusammengekommen.

Das Zentrum in Rafah bietet Frauen, die von der Gewalt der israelischen Besatzung und durch familiäre Gewalt betroffen sind, Unterstützung und Beratung. Das Projekt bietet auch für Frauen berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten an. Frauen leiden als erste unter der immer massiveren Militärinterventionen (Razzien, Massenverhaftungen, Erwerbslosigkeit und Armut durch Abriegelungen). Das Projekt wird auch mit jährlichen Beiträgen vom Christlichen Friedensdienst unterstützt.

Wir möchten die Essenaktionen fortsetzen und suchen immer freiwillige HelferInnen.

Palästinakomitee aktiv gegen den Irak-Krieg

Im Oktober 2002 hat die nationale Koordination der Palästinakomitees zahlreiche Organisationen und Gruppen eingeladen, um mit nationalen Protestaktionen gegen den Krieg im Irak zu demonstrieren. Eine erste Demonstration organisierten wir im November 02 und waren aktiv an der Organisation der grossen Demonstration in Bern am 15. Februar 03 mit 45 000 TeilnehmerInnen beteiligt. Dank dieser aktiven Beteiligung der Palästina-Solidaritätsgruppen war das die Situation der palästinensischen Bevölkerung immer mit RednerInnen und Transparenten an den Demonstrationen präsent. Auch an der Demonstration im letzten Oktober gegen die Besatzung im Irak und in Palästina waren die verschiedenen Komitees mit Aktionen gegen die Mauer und Werbung für den Boykott israelischer Produkte präsent. Das Palästina-Komitee der Region Basel hat sich auch mit viel Energie an der Organisation der lokalen Antikriegsaktionen in Basel beteiligt. (wöchentliche Mahnwache auf dem Barfi, grosse Antikriegsdemonstration am Tag danach, etc.).

Leider hat sich unsere Befürchtung bewahrheitet, dass der Krieg und die Besatzung des Iraks dem amerikanischen Verbündeten Israel einen grösseren Spielraum für seine Politik gegen die palästinensische Bevölkerung geben wird.

> **Beteiligt euch auch an der nationalen Demonstration am 20. März (Keine Besatzung im Irak und Palästina) und am Basler Ostermarsch am 4. April.**



«Boycottiert Apartheid – Made in Israel»

Aus der Zusammenarbeit der Palästina-Komitees in Genf, Lausanne, Neuchâtel, Zürich und Basel, die seit längerem mit lokalen Aktionen für den Boykott von Produkten aus Israel werben (mit Flugblattaktionen vor den Grossverteilern), ist der Verein „Boycottiert Apartheid – Made in Israel“ gegründet worden. Im Juni 03 ist der Verein mit einer nationalen Pressekonferenz an die Öffentlichkeit getreten und hat den von 29 Organisationen und Parteien unterzeichnete Boykottaufruf vorgestellt. Der Boykottaufruf ist auf nachzulesen. Beteiligt euch an der Postkartenaktion an die Grossverteiler Coop und Migros.

Unterstütze unsere Arbeit!

Die Weltöffentlichkeit schaut zu, wenn die palästinensische Bevölkerung ihrer Rechte und ihrer Existenzmöglichkeiten beraubt wird. Den westlichen Regierungen ist ein hochgerüstetes Israel wichtiger als die Menschenrechte. Das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung ist eng verbunden mit der europäischen Geschichte (Kolonialherrschaft im Nahen Osten, Soah und Antisemitismus) und wir in Europa lebenden Menschen tragen die Verantwortung für diese Geschichte und was unsere Regierungen damit machen. Unsere Regierungen werden nichts an der schreienden Situation verändern, wenn wir uns nicht einmischen.

Das Palästina-Komitee setzt sich dafür ein, «dass alle Menschen unabhängig von ihrer Religion, Herkunft, Geschlecht und Nationalität gleichberechtigt miteinander leben können» Komitee-Plattform) und die palästinensische Bevölkerung endlich ihre verbrieften Rechte und eine Lebensgrundlage erhalten.

Mache mit!

Wir treffen uns immer am ersten Dienstag des Monats. Nimm mit uns Kontakt auf:

Unterstütze unsere Arbeit mit einer Geldspende: Postkonto 40-756856-2

mail to: pako@bluemail.ch

Postfach 4070, 4002 Basel

Impressum

Herausgeberin: Palästina Komitee Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel

Verantwortlich für diese Ausgabe: Valérie Meyer (val), Lena Heizmann (lh), Urs Diethelm (ud)

Layout&Gestaltung: dsu.graphics

Druck: Phönix Printing Pool Basel

Frühling 04, Auflage 1500



Nieder mit der Mauer und der Apartheid

Der Mauerbau hat für in der Weltöffentlichkeit die Apartheid in Palestina/Israel sichtbar gemacht. Die Ausgrenzung und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch die ständigen Abriegelungen, der Ausschluss mehrer hunderttausend palästinensischen Arbeitskräften vom Arbeitsmarkt in Israel, die Hauszerstörungen und die Morde wurden auf einmal durch die aus 8 Meter hohen Betonelemente auf Bildern festhaltbar und damit deutlich sichtbar. Rund 250 Bulldozer haben seit Juni 2002 in Windeseile die ersten Mauerteile um den Nordosten der Westbank und Teile von Ostjerusalem gezogen. Seit dem sind schrittweise die gesamten Pläne der 650 Km langen Apartheidsmauer bekannt geworden, die auf 42 Prozent der besetzten Westbank drei abgeschlossene palästinensische Ghettos einrichten will und gleichzeitig die ergiebigsten Grundwasser- und Landwirtschaftszonen unter die gesicherte Kontrolle von Israel stellt. (siehe Karte letzte Seite)

Die Idee für der Separierung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung in einen Bantustan in den besetzten Gebieten ist schon alt. Der Bau der Apartheidswalles in der Westbank hat (fast) vergessen gemacht, dass der dichtbesiedelte Gazastreifen (1.3 Millionen Menschen) bereits seit 1994 mit einem elektrisch gesicherten Zaun von der Aussenwelt hermetisch abgeschlossen ist und die dort lebenden PalästinenserInnen wie in einem Freiluftgefängnis leben. Die Idee für den Bau einer Trennungswalles (oder Mauer) zwischen israelisch-jüdischer und arabischer-palästinensischen Bevölkerung ist schon älter als die Regierung Sharon. Schon kurz nach der Besetzungen 1967 hat Arbeitspartei die die Abtrennung der palästinensischen Siedlungsgebiete studiert (Allon-Plan) und den Rückzug ihrer Armee auf strategisch interessanten Gebiete vorgesehen (Wasser, landwirtschaftliche Gebiete, militärisch Stützpunkte). Sharon und Olmert (Likud-Regierungsmitglieder) scheinen heute die selben Ideen übernommen zu haben. Wie schon ihrer Vorgänger sind sie zum gleichen Schluss gekommen: Ein Grossisrael mit einer jüdischen demographischen Mehrheit wäre nur durch eine erneute Massenvertreibung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten wie 1948 zu verwirklichen. Die Jahrzehnte lange und staatlich subventionierte Besiedlung der besetzten Gebiete konnte mit Ausnahme von Ostjerusalem dieses Ziel nicht verwirklichen. So nutzt die Regierung Sharon das günstige Kräfteverhältnis nach dem erfolgreichen US-Krieg gegen den Irak, wenigstens die

Fakten zum Mauerbau

Pläne: Der Plan für den Mauerbau sieht **mindestens 4 geschlossene, palästinensische Ghettos** in der Westbank (im Norden mit den Städten Ramallah, Jenin, Nablus, Tulkarm; im Süden mit Bethlehem und Hebron; im Osten mit Jericho) und einen im Gazastreifen vor. Zu diesen 4 Ghettos kommen noch **5 kleinere Enklaven**, wo einzelne palästinensische Dörfer vollkommen isoliert sind. (siehe Karte Seite 12)

Entwicklung: Ein elektrisch gesicherter Zaun wurde bereits **1994** um den Gazastreifen fertiggestellt. Seit dem Beginn der Intifada wurde dieser Zaun **im Süden** (bei Rafah) entlang der ägyptischen Grenze mit einer **Mauer aus Betonelementen** verstärkt. Vor der Mauer wurde durch die **Zerstörung von mehreren hundert Wohnhäuser** ein 500 Meter breiter Sicherheitsstreifen geschaffen. Seit dem Jahr 2000 wurde allein in Rafah 850 Häuser zerstört, was zu ca. 8500 Obdachlosen führte. (NZZ vom 24.12.03)

Im Juni 2002 wurde der Bau der Trennungsmauer (teilweise auch Zaun) **im Westen** von Jenin begonnen. Im September 02 wurden die ersten Karten der geplanten Trennungsmauer in der Westbank veröffentlicht. Im März 2003 wurde die SiedlerInnenforderungen von der Regierung Sharon akzeptiert und die Siedlungen Ariel und Immanuel in den Mauerverlauf einbezogen. (siehe Plan östlich von Qualqilya). Eine Woche später gab die Regierung Sharon bekannt, dass die Mauer durch das Jordantal gebaut werden soll, um die dortigen Siedlungen und landwirtschaftlichen Flächen von der palästinensischen Zonen abzugrenzen.

Im Juli 03 hat die israelische Regierung die Fertigstellung der ersten 145 Km der Trennungslinie bekannt geben. Im Herbst 03 veröffentlichte die Regierung ihre Absicht, dass sie den **gesamten Zaun bis Ende 2005 fertigstellen** möchte...

Im Dezember 03 hat Finanzminister der israelischen Regierung eine weitere Tranche von 160 Millionen Dollar für den Weiterbau der Mauer freigegeben.

BEDEUTUNG der mauer

>> Fortsetzung Fakten zu Mauerbau:

Kosten: Der Mauerbau oder Zaun mit Sicherheitsstreifen kostet durchschnittlich **2.8 Millionen US-Dollar pro Kilometer**. Die Mauer soll fertig 650 Kilometer lang sein.

Bauweise: Die Apartheidsmauer besteht teilweise aus einer 8 Meter hohen Mauer aus Betonelementen mit bewaffneten Wachtürmen und einer 30-100 Meter breiten Bufferzone mit Stacheldraht, Bewegungsmeldern und Patrouillenstrassen.

In anderen Bereichen besteht die Mauer aus Maschendraht, der mit Stacheldraht, elektrischen Leitungen, Überwachungskameras bestückt ist. Den Zaun ist meistens mit einem Sandstreifen und Armeestrassen versehen, die bis zu 100 Meter breit sind.

Freiluftgefängnisse: 18 palästinensische Dörfer und Städte wurden in der ersten Phase des Mauerbaus von 3 Seiten von der Mauer umringt. Der Zugang in die umschlossenen Wohnorte wird meistens durch ein Checkpoint oder ein Tor durch israelische Armee kontrolliert.

>>

>> Oft können ihre BewohnerInnen für Tage nicht ihr Dorf/Stadt verlassen. Zu den grössten eingeschlossenen Städten gehört Qualqiliya mit 41 000 und Tulkrum mit 42 000 EinwohnerInnen.

Wirtschaftliche Folgen: Rund 20 000 Menschen in 3170 Bauernfamilien haben durch die erste Phase des Mauerbaues den Zugang zum grossen Teil ihren Feldern verloren. Es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis vom Staat Israel enteignet sind. Nach Gesetz fällt unbenutztes Land nach 3 Jahren dem Staat Israel zu. Für den Mauerbau wurden 14'500 Dunam (14.5 Km²) palästinensischer Felder konfisziert und 102 320 Olivenbäume zerstört. Durch den Mauerbau wurde die Olivenernte westlich der Mauer (ca. 2200 Tonnen Olivenöl) zerstört. Der Mauerbau fordert bisher ebenso Ernteeinbussen von 50 Tonnen Früchte und 100 000 Tonnen Gemüse.

Quellen: "Fact Sheet" des Pengon, Zeitungsberichte und Dokumentation "The Wall in Palestine" von PEN-GON www.stopthewall.org

alten Pläne von palästinensischen Bantustans (sogenannt auch palästinensischer Staat) innerhalb eines besetzten, israelisch kontrollierten und eventuell annektierten Westbank zu verwirklichen.

>> **Die UNO-Vollversammlung hat ohne die Stimmen der EU und der USA (auch ohne der Schweiz) den Haager Gerichtshof beauftragt, den Bau der Mauer auf ihren Rechtmässigkeit gegenüber den Menschenrechten und den Genfer Konventionen zu prüfen.** Das Gericht wird mit aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten den Mauerbau innerhalb der besetzten Westbank als illegal beurteilen. Trotzdem möchte die rechte Regierung in Israel und ihre linke Opposition (Stellungnahme von Peres) mit Unterstützung der USA eine Mauer und Zaun zwischen den Menschen in Israel und der Westbank bauen. Der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteien in Israel und zwischen der USA/EU und der israelischen Regierung dreht sich nur noch um den genauen Verlauf der Mauer/Zaunes. Unabhängig von ihrem Verlauf bleibt die Mauer aber Ausdruck der Apartheid und Ausgrenzung der arabischen Bevölkerung in Palästina/Israel.

Wir setzen uns für den Fall dieser Mauer ein, als ersten Schritt, um diese Apartheidspolitik zu stoppen und den Weg frei zu machen für ein Palästina/Israel, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem religiösen Glauben, ihrer Nationalität, ihrem Geschlecht und ihrer Herkunft gleichberechtigt miteinander leben können.

Die Kinder von Ramadin

Das arabische Dorf Ramadin in der besetzten Westbank liegt auf der israelischen Seite der Mauer, einklemmt zwischen den Mauern, die das nahegelegene Städtchen Qualqiliya und Habla vollständig umschliessen, und einer israelischen Siedlung mit der neuen Siedlerstrasse (siehe Plan).

Die Kinder und Jugendlichen der 40 Familien von Ramadin sind immer schon in die Nachbargemeinden Habla und Qualqiliya in die Schule und die Uni gegangen. Seit neustem müssen sie die Mauer und den Zaun überqueren. Die Türe wird zweimal täglich geöffnet (siehe Bild), damit die Kinder ihre Schulen besuchen können. Öfters müssen die Kinder zwei oder drei Stunden vor dem Tor warten, bis die israelischen Soldaten die Türe öffnen. Ihr Schulweg ist doppelt solange geworden (von 2.5 zu 5 Km), weil sie für das Tor einen Umweg nehmen müssen.

Die 250 Menschen von Ramadin leben von der Schafwirtschaft. Ca. 1500 Schafe sicherten bisher das Überleben der Familien. Durch Mauerbau können die SchafhirtInnen nicht mehr ihre Weiden erreichen. Der Mauerbau hat



Durchgang für die Schulkinder

zudem grosse Flächen der Weiden zerstört. Zahlreiche Familien mussten bereits ihre Schafe verkaufen. Wenn sich nichts ändert, werden sie wegziehen müssen. Eine moderne Form von Vertreibung.

AKTIONEN gegen die Mauer

Palästinensische Aktionen gegen die Mauer

Aus verschiedenen NGO's hat sich ein zentrales palästinensisches Komitee gegen Apartheidmauer gebildet: das «About the Apartheid Wall Campaign». Es setzt bewusst Widerstände auf verschiedenen Ebenen.

Graswurzel-Bewegung: Die verschiedenen Gemeinden koordinieren ihre Aktionen, tauschen sich über Probleme und Lösungsstrategien aus, helfen sich gegenseitig und informieren über den Stand des Mauerbaus. Sie versuchen, ihre Landwirtschaft gegen die Zerstörung und Annektion durch das israelische Militär zu schützen.

NGO und nationale Koordination: Die verschiedenen palästinensischen Organisationen sind durch Verantwortliche mit den Gruppen in den Gemeinden verbunden. Der gegenseitige Austausch (organisatorisch, informativ, finanziell etc.) bildet das Fundament der Kampagne, jedoch sind die 2 Gefässe entscheidungsunabhängig. Die NGOs verstehen sich mehr als organisierende Büros, welche sich spezialisieren und professionalisieren.

Informationszentrale: In jeder Region gibt es ein Notfall-Center, welches Informationen über israelische Militäraktionen sammelt, weiter gibt und regelmässig berichtigt. Die Gemeinden können sich dadurch auf militärische Angriffe vorbereiten und sind informiert über den "Fortschritt" der Mauer und die Konsequenz auf ihre Felder.

Internationalen Rückhalt: Die Kampagne sucht die internationale Unterstützung von Gruppen und Individuen, welche in ihren Ländern politische Öffentlichkeitsarbeit und Druck auf ihre jeweiligen Regierungen machen. Auch hier ist es eine Graswurzel-Bewegung, die die öffentliche Diskussion über die israelische "Sicherheitsmauer" in Gang bringt. Die seit September 2003 erstellte Webseite www.stopthewall.org ist eine Plattform von Artikeln, Informationen und Karten zur Sicherheitsanlage rund um das Westjordanland.

Öffentlichkeitsarbeit: Die palästinensische Gesellschaft war in der Vergangenheit von der israelischen Regierung über militärische Aktionen sehr ungenügend informiert. Die Notfall-Centers spielen hier eine wichtige Rolle. Es geht um das Bewusstsein für die Gesamtlage, dass die Zerstörungen, Repressionen, Annektionen und Tötungen nicht eine individuelle, sondern eine politische Dimension für die ganze palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und in Israel hat.

Nationales Lobbying: Die PA (Palestinian Authority) soll in den Verhandlungen mit der israelischen Regierung als Bedingung die Diskussion um die Maueranlagen einbringen. Dies ist das Lobbyziel der Kampagne als Nichtregierungsbewegung.

Rechtliche Hilfe: Die Kampagne arbeitet mit einem Anwaltsbüro zusammen, welches ihnen die rechtliche Unterstützung zusichert. Der israelische Gerichtshof hat jüngst etliche Anklagen gegen den Stop des Mauerbaus und gegen die Zerstörung und Konfiszierung von Land und Häusern für die "Sicherheit für den Staat Israel" abgewiesen. Somit dienen diese Klagen der Verzögerung, ersetzen jedoch nicht die Kampagne und dem Ruf, den Bau der Mauer einzustellen und sie wieder abzubauen.

Infrastruktur: Die Mitgliederorganisationen der Kampagne leisten seit Jahren wichtige Unterstützung der Bauern, vorallem zu Boden, Wasser und Landwirtschaft. Auch dazu gehört die Reparatur von zerstörter Infrastruktur (Wassertanks, Büros, Schulen etc.), die Neupflanzung von Bäumen in plattgewalzter Erde und technischer Unterstützung.

An bestimmten Orten, wo mit dem Mauerbau schon Mitte 2002 begonnen wurde, ist der Widerstand sehr hoch und wird regelmässig gegen die Mauer, die Landkonfiszierung, die Zerstörung der Landwirtschaft, die bewusste Beschlagnahmung und Zerstörung der Wasserreservoirs (Bild) demonstriert.

Die Bauern gehen regelmässig trotz Drohungen auf ihre Felder und versuchen sie zu bewirtschaften, im Unwissen, ob sie morgen erneut für einige Stunden herkommen können und ob die Obst- und Olivenbaumpflanzungen dann noch unversehrt sind.

Das **Pengon** (Zusammenschluss palästinensischer Umwelt-NGOs) besteht aus 21 Organisationsmitgliedern und besteht seit 2 Jahren.

Das Koordinationkomitee der Kampagne besteht aus folgenden Pengon-Mitgliedern: Palestinian Hydrology Group, Land Research Center, Palestinian Agriculture Relief Committees (PARC), Union of Palestinian Medical Relief Committees, Applied Research Institute Jerusalem.

Das Komitee bittet die Solidaritätsbewegungen in der ganzen Welt um Unterstützung. Sei es aktiv im eigenen Land den palästinensischen Widerstand durch die Teilnahme und Organisation von Aktionen zu stärken, durch die Teilnahme an einer Beobachtungsdelegation die eigene Motivation zu stärken und über die Apartheidpolitik Israels nach der Rückkehr zu informieren. Zudem suchen die palästinensischen NGOs ständig „Volunteers“, die über mehrere Wochen für Kost und Logis ihre Organisation tatkräftig unterstützen können.

Hinweis Buch «Stop the Wall in Palestine»
von The Palestine Environmental NGOs Network

Siehe www.pengon.org
www.stopthewall.org



Die Armee hält die Dorfbewohner von Beit Duggu in Schach, während ein Bagger für den Mauerbau ihre Felder zerstört (14. März 2004)



4 Tote bei gewaltfreien Protesten gegen die Apartheidmauer

Nach einem Bericht von Gush Shalom (israelische Friedensorganisation) wurden bei den dreitägigen gewaltfreien Protesten Ende Februar gegen den Bau der Apartheidmauer in der Gegend von Beit Surik vier Palästinenser durch Schüsse und Tränengas getötet. Unter den Getöteten ist: Zacharia Mahmoud Eid, 26 Jahre aus Bei Iksa Mohamed Rayan, 26 Jahre aus Beit Dikko Mohamed Saleh Bedwan, 20 Jahre Abu Nabil Abu Eid starb an einem Herzanschlag, der durch den starken Tränengaseinsatz ausgelöst wurde.

Bei diesen Einsätzen der israelischen Armee wurden 50 PalästinenserInnen verletzt, eine israelische Friedensaktivistin und drei palästinensische Jugendliche verhaftet.

Die Protestaktionen versuchten die Bulldozer zu stoppen, die seit drei Tagen Olivenbäume zerstörten, um den Mauerbau vorzubereiten. In diesen drei Tagen entwurzten sie über 100 Olivenbäume.

MISSIONS bericht

Delegation Dez./Jan. 2003 Hauptschwerpunkt: Mauer

Schon seit 20 Jahren begrenzt Israel die grüne Grenze von 1967 mit Stacheldrahtzaun. Die aktuelle Begründung, dass die neuen „Sicherheitsmauern“ Infiltrationen verhindern und sich auf die momentane politische Lage beziehen, ist somit hinfällig.

Anhand meiner Notizen vom Besuch zweier Dörfer und der Social Foren in Ramallah und Nazareth und den Gedanken dazu ist der nachfolgende Text entstanden.

Bei der Delegation einer kleinen schweizerischen Gruppe im Dezember 2002/Januar 2003 war die Mauer bereits ein grosses Thema. Die Stadt Qualquilia konnte auf der Seite zu Israel bereits eine Mauer aufweisen und die Baupläne lagen komplett vor. Heute ist Qualquilia vollständig eingemauert und über einen Checkpoint zu verlassen oder zu betreten.

Ezbet-Salman: Das Dorf Ezbet-Salman schöpft seinen Wasserverbrauch aus 2 Wassertanks ausserhalb des Dorfes auf dem Grund ihrer Gemüseplantagen. Der eine Wassertank wurde am Freitag, den 27.12.02 von israelischen Militärs zerstört.



Zerstörter Wassertank von Ezbet-Salman

Kurz danach besichtigten wir den angerichteten Schaden. 50 m weiter unten in der Senke verläuft der geplante Militärstreifen mit der Trennungsmauer. Ca. 500 m Luftlinie über die Senke liegt eine israelische Siedlung, welche sich hinter grünen Bäumen halb versteckt. Der Verlust der Hälfte der Wasserreserven ist für das Dorf erschütternd, zumal nun auch um den 2. Wassertank gefürchtet wird.



Bäuerin protestiert gegen die Zerstörung ihrer Felder

Jayous hat 3000 Einwohner, 15000 Oliven- und 5000 Fruchtbäume. 10000 m² waren am 25.12.02 schon konfisziert, sowie 7 Bewässerungsbrunnen. Israel stützt sich bei der Enteignung auf verschiedene Rechte unterschiedlicher Herkunft. Die bäuerliche Union der Region zählte die 3 meist angewandten Rechte auf:

1 das englische Mandatsrecht/ Gesetz (!), welches bei jeder Kanalisation, jedem Brunnen etc. eine Konfiszierung erlaubt, wenn 50% und mehr des Bodens felsig ist. Diese Böden werden als unbrauchbar enteignet.

2 ottomanisches Gesetz, welches bestimmt, dass ein Bauer 10% seines Einkommens abgeben muss und wenn er seinen Boden 5 Jahre lang nicht bearbeitet, kann er für die Allgemeinheit enteignet werden.

3 in der Praxis gilt in Fällen, in denen weder das Mandatsgesetz noch das ottomanische Gesetz angewendet werden können, dass Sicherheitsgründe geltend gemacht werden.

Für Jayous bedeutet dies nun, dass 63 dunum trotz Eigentumszertifikate und grosser Bodenfruchtbarkeit konfisziert wurden. Innerhalb von 8 Jahren wurden gegen diese Praxis 86 Klagen von palästinensischen Bauern eingereicht. Davon wurden überhaupt nur 11 Gesuche bearbeitet und diskutiert. Einen positiven Beschluss gab es bis heute nicht.

Gedanken zur Mauer, die an den Social Forums in Ramallah (28.12.02) und Nazareth (30.12.02) geäussert wurden.

Für einige bedeutet sie eine Grenze, welche durch die Mauer ein Sicherheitsgefühl vermittelt. Der Grossteil der palästinensische Bevölkerung ist sich dagegen einig: sie ist ein hoher Preis und eine militärische Konzeption. Ihre Konstruktion hat eine Enteignung im grossen Stil zur Folge, andererseits eine völlige Abriegelung und ein Verhindern der Bewegungsfreiheit, zudem schränkt es massiv das soziale und wirtschaftliche Leben in den Dörfern und Städten im Westjordanland ein. Das „gelungene“ Konzept der militärischen Abriegelung ist im Gazastreifen längst Realität.

Gibt es Erklärungsansätze für die massive Unterdrückungspolitik Israels?

Konjunkturell: Zum eigenen Überleben ist alles erlaubt, das Verteidigungsrecht gilt einseitig und auch Privatpersonen können es durchsetzen.

Traumatisierungseffekt: ist widersprüchlich mit der Erklärung eines demokratischen Staates.

Unser Geld für die Siedlungen?

Immer noch werden falschdeklarierte Siedlungsprodukte aus den besetzten Gebieten als israelische Produkte in der Schweiz verkauft.

Mit der Falschdeklaration will Israel von den Zollbefreiungen profitieren, um damit den Siedlungsbau wirtschaftlich zu unterstützen. Die offizielle Schweiz deckt das illegale Treiben.

Allen Mutmassungen, dass israelische Exporteure Produkte aus illegalen Siedlungen fälschlicherweise als "Made in Israel" bezeichnet werden, hat letzten Dezember die israelische Regierung selber ein Ende gesetzt. In den Verhandlungen mit der EU hat sie auf Vorschlag des Industrieminister Ehud Olmert (Likud) beschlossen, zukünftig Produkte aus den Siedlungen nicht mehr als "israelische Produkte" zu deklarieren (NZZ, 2.12.03, Ha'artz vom 1.12.03). Die israelische Regierung hat damit selbst die bestätigt, dass die Siedlungsprodukte bisher mit einer falschen Herkunftsbezeichnung versehen wurden. Das Umdenken Israels ist auf Druck der EU erfolgt. Sie hat mit der Suspendierung der Zollerleichterungen für israelische Produkte gedroht. Da 75 Prozent aller Exporte von Israel in den EU-Raum gehen, eine gewichtige Drohung. Wann dieser Entscheid aber umgesetzt wird und ob er auch für die in die Schweiz exportierten Produkte unter dem EFTA-Vertrag angewendet wird, ist vollkommen unbestimmt. Solange werden die Siedlungsprodukte auch bei uns als "Made in Israel" verkauft und wir dürfen mit unserem Kauf von israelischen Produkten weiterhin den Siedlungsbau mitsubventionieren. Wer dies nicht will, darf generell keine Produkte mit israelischer Herkunftsbezeichnung kaufen.



Siedlungsprodukte in Schweizer Verkaufsregalen

Die israelische Handelsorganisation "Agrexco" besitzt das Exportmonopol für ein Grossteil der Agrarprodukte aus Israel. Es ist zu vermuten, dass in Zusammenarbeit mit den israelischen Zollbehörden bewusst in Israel erzeugte Produkte mit Siedlungsprodukten vermischt werden, um die Herkunft der Produkte zu verschleiern. Zu diesen **Agrarprodukten mit fragwürdigem Ursprung** gehören u.a. **Cherry-Tomaten, Gurken und Peperoni** (aus

Netzarim und Gush Kartif im Gazastreifen) und **Datteln, Blumen, Trauben und Kräuter** aus dem Jordantal. (Aktionen für Datteln aus den Jordanvallee in Migros und Coop). Es besteht ebenfalls bei **Orangen, Grapefruits, Avocados, Melonen und Erdnüssen** der Verdacht, dass sie (teilweise) aus den besetzten Gebieten stammen. Ebenso bei der **Kosmetiklinie "Ahava"**, die Substanzen aus dem teilweise besetzten toten Meer enthält.

Kein Verkauf von «made-in-israel» Produkten...

Gemeinsam mit dem nationalen Verein „Boycott Apartheid – Made in Israel“ hat sich das Basler Komitee in Zusammenarbeit mit anderen Palästina-Solidaritätsgruppen in der Schweiz im Herbst eine Kampagne gegen den Verkauf von Produkten aus den illegalen Siedlungen und ihrer Falschdeklaration in den besetzten Gebieten gestartet. Mit zahlreichen Briefen an die Grossverteiler und die Behörden versuchen wir Druck gegen den Verkauf dieser Apartheidsprodukte aufzubauen. Israel deklariert illegalerweise als „Made in Israel“ und versucht so zur Unterstützung des Siedlungsbaues von den verschiedenen Freihandelsabkommen zu profitieren.

«Nicht an die grosse Glocke hängen...»

Der Seco-Vertreter David Syz, der sich bei einer Israelreise im Sommer des letzten Jahres um dem Ausbau der Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel bemühte, meinte in einem Interview in der Wochenzeitung "Tachles" (Sept. 03) zum Thema Falschdeklaration von Siedlungsprodukten: "Wir haben uns darauf geeinigt (mit den israelischen Partnern, Anmerk. Autor), dass wir die Sache nicht an die grosse Glocke hängen wollen..." Damit umgeht das Seco sogar die zögerlichen Vorgaben des Bundesrates. In der Antwort auf die nationalrätliche Interpellation von Verdot-Mangold (SP) hat der Bundesrat versprochen, die Deklarationen nachzuprüfen. Die Bundesrätin Calmy-Rey hat im Herbst beim Besuch des israelischen Aussenministers Shalom betont, dass die Schweiz mit Antworten des israelischen Zollbehörden unzufrieden ist. Für den Seco-Vertreter scheint die Falschdeklarationen aber kein Problem zu sein.

Die eidgenössische Zollverwaltung, die die Herkunftsbezeichnung von importierten Produkten überprüfen sollte, hat erst kürzlich in einem Brief an urgence palestine Vaud sich ebenfalls ausser Stande erklärt, gegen die offensichtliche Umgehung von Zollvorschriften und dem Schweizerischen Lebensmittelgesetz nichts unternehmen zu können (wollen).

Illegaler Verkauf in der Schweiz

Der Import von israelischen Lebensmitteln mit falscher Herkunftsbezeichnung verstösst nicht nur gegen die Freihandelsabkommen, sondern auch der Verkauf in der Schweiz ist nach dem Lebensmittelgesetz strafbar. Gemäss dem Lebensmittelgesetz müssen Lebensmittel mit einer Herkunftsbezeichnung versehen werden. Die KäuferInnen dürfen dabei nicht mit falschen Herkunftangaben getäuscht werden (Art. 18). Das Lebensmittelgesetz verlangt von den Verkäufern ausdrücklich eine "Selbstkontrolle" (Art 23). Das bedeutet, dass die Verkäufer von Lebensmitteln in der Schweiz verpflichtet sind, die Richtigkeit ihrer Herkunftangaben zu überprüfen.

Der Verein "Boykott Apartheid - Made in Israel" hat deshalb zusammen mit den Palästina-Komitees in verschiedenen Kantonen bei den Vollzugsorganen des Lebensmittelgesetzes, bei verschiedenen Kantonschemikern, beim Seco und den Zollbehörden, eine Überprüfung der illegalen Praxis verlangt. Der Verkauf von falschdekarierten Produkten ist in der Schweiz strafbar und muss verfolgt werden.

Mit Briefen und Unterschriftensammlungen haben sich die Komitees ihren Protest auch bei den Grossverteilern (ua. Migros und Coop) deponiert und sie auf ihre gesetzlichen Pflichten hingewiesen. Die Grossverteiler haben genervt auf die Protestaktionen reagiert. Coop hat dem Verein "Boykott Apartheid - made in Israel" mit einer Klage gedroht.



Siedlung Gilo mit Umfahrungsstrasse (Ostjerusalem)

Freihandelsabkommen EFTA- Israel

Das EFTA-Mitglied Schweiz importiert Waren aus Israel gemäss einem Freihandelsabkommen, das für den Warenhandel zwischen den EFTA-Ländern und Israel eine Befreiung von Handelszöllen vereinbart. Die Zollbefreiung gilt nach diesem Abkommen und der international üblichen Praxis nur für Produkte die innerhalb der Grenzen des betreffenden Landes erzeugt wurden. Siedlungsprodukte, die in den besetzten Gebieten hergestellt wurden, können deshalb nicht von den Zollbefreiungen profitieren.

Der Freihandelsvertrag mit den EFTA-Staaten entspricht weitgehend dem Abkommen zwischen der EU und Israel. Die aktuellen Verhandlungen zwischen EU und Israel über die offensichtliche Falschdeklaration haben deshalb Auswirkungen auf den EFTA-Vertrag.

Wenn die EU mit ihrem Druck eine Praxisänderung durchsetzt, müssten die EFTA-Staaten ebenfalls eine Änderung der

israelischen Praxis verlangen. Aufgeschreckt durch die EU-Verhandlungen, gab es im Juni eine Aussprache zwischen der EFTA und Israel bezüglich der Falschdeklaration statt. Bisher aber auch ohne konkrete Ergebnisse.

Der EFTA-Vertrag sieht bei Vertragsverletzungen (wie die Falschdeklarationen durch Israel) die Möglichkeit eines "Gemischten Ausschusses" vor, der Vertragsverletzungen zu untersuchen hat. Dieser Ausschuss kann von einem Mitgliedland veranlasst werden. Die offizielle Schweiz hat bisher von dieser Möglichkeit nicht gebraucht gemacht. Die Schweiz hat mit Israel zudem ein bilaterales Handelsabkommen für Agrarprodukte abgeschlossen, die bei Vertragsverstössen eine Suspensierung vorsieht. Auch von dieser Möglichkeit hat die offizielle Schweiz nicht Gebrauch gemacht.



MILITÄR zusammenarbeit

Schweizer Rüstungsindustrie profitiert vom Krieg

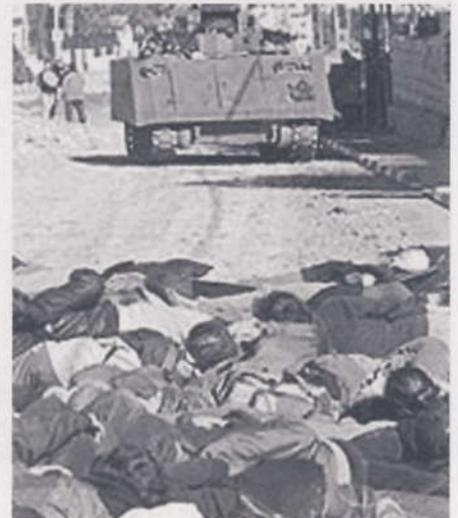
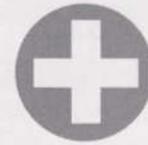
Der Schweizer Rüstungsbetrieb RUAG entwickelt mit der israelischen Partnern gemeinsam Waffen (u.a. Kanistermunition und Drohnen). Das (staatliche) Rüstungsgeschäft wird auch durch den Krieg der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung und massive Menschenrechtsverletzungen nicht getrübt.

Wer glaubt, die Schweiz sei am Krieg der Israelis gegen die PalästinenserInnen uneteiligt, irrt sich gewaltig: die Schweizer Luftwaffe flog (zusammen mit den Luftwaffen der Türkei, USA, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Chile, Spanien, Ukraine und der Tschechischen Republik) 1998 an einer Flugshow zum 50. Jahrestag des Staates Israel. Der israelische Geheimdienst gilt als befreundeter Geheimdienst, die Schweizer Armee bezieht kriegserprobtes Material aus Israel (unter anderem auch international geächtete Kanisterbomben). Diese Kanisterbomben streuen auf einer Fläche von ca. 200x200m hunderte kleine Bomben, die ungezielt explodieren und für die Zivilbevölkerung eine tödliche Gefahr darstellen. Am Geschäft mit diesen Kanister- oder Streubomben ist eine Tochterfirma der (staatlichen) Schweizer Waffenschmiede RUAG beteiligt, die sie weitervertreiben darf. Laut Bruno Franggi, Informationsschef der RUAG, haben Nordische Länder Interesse gezeigt. Bis heute kam es jedoch zu keinem Exportauftrag.

Die Kanisterbomben wurden von der Schweiz weiterentwickelt, und die Schweizer-Version der Kanistermunition ist mit einem Mechanismus versehen, der dafür sorgt, dass allfällige Bomblets, die bei Einsatz nicht sofort detonieren, dann selbständig vernichtet werden und so praktisch keine Blindgänger entstehen. Aber auch diese zuverlässigere Kanistermunition darf in der Schweiz nicht verschossen werden, da einzelne Blindgänger nicht vollständig auszuschliessen sind und in den anschliessend von Wanderern, Viehherden und Jägern begangenen Schiessgebieten doch ein potenzielles Gefahrenrisiko darstellen. Deshalb testet die Schweizer Armee ihre Munition in der Negev-Wüste. Dabei handelt es sich um von Israel Zwangsenteignetes Land, welches früher Lebensraum der Beduinen war und heute als militärischer Sperrbezirk gilt. Trotzdem leben rund 60'000 Beduinen in so genannten nicht anerkannten Dörfern, aber für sie gilt das potenzielle Gefahrenrisiko offenbar nicht.

Die Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Unternehmung für Flugzeuge und Systeme (heute RUAG Aerospace), der Oerlikon-Contraves (heute im Besitz des deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall DeTec) und den israelischen Firmen Tadiran und Israel Aircraft Industry (IAI) betreffend unbemannten Flugzeugen dauerte über zehn Jahre. Das entwickelte Drohnensystem Ranger basiert auf dem israelischen System Scout. Die Ranger wurde an das europäische Klima angepasst, sie ist durch einen fremden Radar schlechter lokalisierbar, hat tiefere Lärmwerte, die Aufklärungshöhe ist höher und die Elektronik weniger stör anfällig als die der Scout. Hauptziel von Drohnen ist die Beschaffung von Zeitgerechten Nachrichten, die Zielaufklärung, Feuerleitung und Wirkungsbeurteilung der Artillerie. In Israel werden sie aber vor allem für aussergerichtliche Hinrichtungen (liess: Ermordungen) eingesetzt. Diese sind völkerrechtswidrig und die Mitwirkung von Schweizer Behörden und Firmen an diesen Verbrechen ist ein Skandal.

Bei einem solchen Angriff ortet die Drohne das Zielobjekt, und Apache-Kampfhelikopter oder F-16-Kampffjets fliegen den Angriff auf das Opfer. Drohnen könnten aber auch bei zur Katastrophenhilfe bei Waldbränden, Überschwemmungen usw. eingesetzt werden. Deshalb sind sie seit 1. April 1998 nicht mehr dem neuen Kriegsmaterialgesetz unterstellt. Der Bundesrat macht geltend, dass sie auch für zivile Interessen eingesetzt werden können, man/frau denke nur mal an den geplanten Einsatz von Drohnen am 1. Mai in Zürich, ein tolles Beispiel für den zivilen Einsatz. (Parallelen zum Pilatus Porter Skandal drängen sich auf!) Die Ermordungen der Palästinensischen WiderstandskämpferInnen durch Israel sind dann wohl auch von zivilem Interesse, oder?! 1995 bewilligten National- und Ständerat 350 Millionen Schweizer Franken zur Beschaffung von 4 Systemen (28 Drohnen). Knapp die Hälfte des Betrages kommt den Schweizer Firmen zugute, die andere Hälfte den beiden israelischen Unternehmen.



Für die Sistierung der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel

- Im Hinblick darauf, dass das Postulat der Sistierung der Käufe von Militärgütern aus Israel der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats am 15. März 2004 im Plenum des Nationalrats behandelt wird ;

- Zutiefst besorgt über das Leiden und die Entbehrungen aller Völker, die vom sich fortwährend verschlimmern-den Nahostkonflikt betroffen sind;

- überzeugt davon, dass die Beachtung des humanitären Völkerrechts eine unabdingbare Voraussetzung für den Beginn eines Friedensprozesses darstellt;

- Rufen wir den Bundesrat dazu auf, die Käufe von Militärgütern aus Israel zu sistieren und die militärische Zusammenarbeit mit Israel einzustellen, sofern und solange Israel nicht bereit ist, seinen Verpflichtungen aus der Ratifikation der Genfer Konventionen nachzukommen.

Diese Geste würde ein kohärentes und glaubwürdiges Signal setzen für einen Friedensprozess, der auf dem Respekt vor den grundlegenden Rechten aller am Konflikt beteiligten Parteien basiert.

Amira Hass: Gaza

Tage und Nächte in einem besetzten Land. C.H. Beck-Verlag, ISBN 340650232

Amira Hass geht als Helferin von Workers Hot Line, einer israelischen Rechtsberatung für palästinensische ArbeiterInnen in Israel und als Journalistin der israelischen Zeitung Ha'aretz in den Gaza-Streifen. Als sie 1993 zur Berichterstatterin der Umsetzung der Osloer Verträge ab 1993 von Ha'aretz wird, verlegt sie auch ihren Wohnsitz in den Gaza-Streifen.

Es gehört zu ihrem journalistischen Grundsätzen, dass sie auch das Leben der Menschen teilen will. Auf den 400 Seiten gibt die israelische Journalistin Amira Hass eine eindrückliches Bild der Menschen, die im Elend des israelischen Gefängnisses Gaza-Streifens leben müssen, ihr verzweifelter Widerstand gegen die verschiedenen Formen der Besatzung, die schmerzlichen Geschichten der politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen. Amira Hass zeigt die Lebensumstände der Bevölkerung nach dem Osloer Abkommen und warum diese Abkommen nicht den Grundstein für einen Frieden schufen. Sie zeichnet das Leben der Frauen im Gaza, ihre Unterdrückung und ihr Dilemma zwischen israelischer Besatzung und Unterdrückung durch palästinensische Männer und das widersprüch-

liche Verhältnis der Bevölkerung zu ihren neuen Selbstverwaltungsbehörden. Sie schreibt die Geschichten auf, die ihr die Menschen erzählten, und ihre Beobachtungen vor dem Hintergrund eines Vermächtnisse an ihre Eltern, jüdische KommunistInnen und Überlebende des Holocaustes.

„So war mein Wunsch, in Gaza zu wohnen, nicht auf Abenteuerlust oder Wahnsinn zurückzuführen, sondern auf die Angst, zu einem tatenlosen Zuschauer zu werden, auf mein Bedürfnis, eine Welt, die nach meinem besten politischen und historischen Wissen das Werk Israels ist, bis ins letzte Detail zu verstehen. Für mich verkörpert der Gazastreifen die ganze Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts. Er verkörpert den zentralen Widerspruch des Staates Israel Demokratie für einen, Enteignung für die anderen. Es ist unser freilegender Nerv. Ich wollte die Menschen kennenlernen, deren Leben durch meine Gesellschaft und meine Geschichte für immer verändert worden war, deren Eltern und Grosseltern 1948 aus ihren Dörfern vertrieben und Flüchtlinge geworden waren.“



Aktuelle Restriktionen der Regierung

Seit Beginn des Jahres 2004 erhalten alle einreisenden AusländerInnen am Ben Gurion Flughafen ein „Informationsblatt zur Einreise in die Territorien unter palästinensischer Autonomiebehörde“. Die Einreise in die besetzten Gebiete und auch den Gazastreifen ist ohne schriftliche Bewilligung verboten. Der Erlass erlaubt die Festnahme, die sofortige Ausweisung und die Verweigerung einer erneuten Einreise in den Staat Israel.

Diese Bestimmung ist einer neuer Schritt in der Repressions- und Unterdrückungspolitik von Israel. Einerseits erschwert sie die Einreise und Tätigkeiten der „Internationalen“, deren Unterstützung des palästinensischen Widerstandes. Andererseits versucht die israelische Regierung den Informationsfluss von den besetzten Gebieten nach aussen und somit die Enthüllung der unzähligen Verletzungen der internationalen und Menschenrechte, zu unterdrücken.

Diese Massnahme ist jedoch durchaus nicht neu. Teilweise praktiziert wurde diese Weisung in den besetzten Gebieten, nur nicht vollumfänglich durchgesetzt. Anders ist es im Gazastreifen. Seit 1994 ist er durch Mauern und Zäune hermetisch abgeriegelt und die Einreise für AusländerInnen ist nur mit Bewilligung möglich. Die Militärmacht hat eindeutig Israel, welche genau bestimmt, wer wann ein- und einreist und das zivile Leben der PalästinenserInnen völlig unter Kontrolle hat. Die Abriegelung des Westjordanlandes ist durchaus als Weiterführung dieser Politik zu bezeichnen. Auch hier wird nach Abschluss des Mauer- und Zaunwalles das Gebiet unter der israelischen Militärkontrolle sein.

Hauserstörungen im Gazastreifen
Im Oktober des letzten Jahres hat die israelische Armee bei einer Aktion in Rafah (im Süden des Gazastreifens) in einer Aktion 200 Wohnhäuser entlang der ägyptischen Grenze zerstört. Ca. 2000 Personen wurden dadurch obdachlos. Im ganzen Gazastreifen sind durch Hauserstörungen ca. 13 000 Menschen obdachlos geworden. Die notdürftig aufgestellten Zeltsiedlungen für die Obdachlose gehören unterdessen zum normalen Strassenbild. Die Amerikanerin Rachel Corrie wurde letzten Frühling bei einer Schutzaktion von internationalen BeobachterInnen in Rafah von einem israelischen Armeebulldozer überrollt und getötet.

Karte des geplanten Apartheidswalles in der Westbank

(Stand Juli 2003)
Herausgeben von Pengon –
Apartheidwall Campaign



Palästinensisches Gebiet mit fertig-
gestellter, im Bau befindlicher
Mauer oder geplanten Mauer



Eingeschlossene palästinensische
Enklave (z.B. Jericho)



Israelische Siedlungen



SiedlerInnenstrassen

Das von Mauer und Zaun umgebene
palästinensischen Gebietes umfasst
57.5 % der 1967 besetzten
Westbank. (inklusive der einge-
schlossenen Enklaven). (siehe auch
Fakten zum Mauerbau Seite 2)
Der besetzte Gazastreifen ist
bereits seit 94 mit einem elektro-
nisch gesicherten und militärisch
überwachten Zaun gesichert. Im
Süden des Gazastreifens wurde im
letzten Jahr dieser Zaun durch eine
Betonmauer wie in der Westbank
verstärkt.

